

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

47. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pfennig, monatlich 22 Pfennig, auschl. Postbestellgebühr: Erscheinungstage des Korr.: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 10. April 1909.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Verammlungs-, Vergütungsinserate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 41.

Der Osterfeiertage wegen erscheint die nächste Nummer (42) erst am 15. April.

## Die christlichen Gewerkschaften.

XXVII.

Schlusswort.

Wir müssen es uns leider versagen, auf weitere Erscheinungen im christlichen Gewerkschaftslager einzugehen. Das von uns seit vielen Jahren gesammelte Material würde noch eine ganze Anzahl Artikel erfordern, bis es erschöpfend behandelt ist. Es kommt aber schließlich gar nicht darauf an, ins Kleine sich zu verlieren, sondern festzuhalten, welchem Ursprunge die christlichen Gewerkschaften entstammen und welchen Zwecken sie heute noch dienen müssen. Der Sturm, den sich jene Organisationsform gegen den Verband der Deutschen Buchdrucker leistet, ist wohl das kennzeichnendste Merkmal für die Tätigkeit und die Absichten der christlichen Führer. Wir haben nicht nötig, den Verband gegen seine Feinde aus dem christlichen Lager zu verteidigen; dieser Aufgabe sind wir entzogen durch die Geschichte des Verbandes. Wir haben nur festzustellen und klarzulegen, daß nicht gewerkschaftliche Widersprüche, sondern konfessionelle und parteipolitische Tendenzen diesen neuesten Kampf gegen den Verband geteilt haben. Sind sein geschichtlicher Werdegang, sein Ringen und Kämpfen, seine Leiden und Opfer um den Gewerkschaftsgedanken in seinen besten und weittragendsten Gesichtspunkten einfach mit der Phrase „sozialdemokratisch“ abzutun und darf man daraufhin eine so häßliche Hege gegen unsere Organisation inszenieren, dann mögen wir wahrhaftig tausendmal lieber sozialdemokratisch als einmal christlich sein. Es ist geradezu ekelhaft, wie man in christlichen Kreisen aus irgend einem nebensächlichen Vorgange glaubt das Recht herleiten zu können, die Geschäfte der Scharfmacher zu besorgen. Die Situation, in der sich heute unser Gewerbe und seine kulturellen Zwecken dienenden Organisationen befinden, würde jeden aufrichtigen Freund friebührender Gewerkschaftsarbeit hindern, eine solche Situation zu erschweren. Anders aber bei den Christlichen. Sie kommt ihnen gerade recht, absichtlich und künstlich neue Hindernisse aufzutürmen, um den Verband zu schwächen. Nicht die „kraftvollen sittlichen Grundzüge“ der Christlichen sind es, die ihnen Aussicht auf Erfolg versprechen, der am Ende immer nur darin bestehen kann, jenen Leuten das Rückgrat zu steifen, denen jede Arbeiterorganisation ein Greuel ist.

Der Verband wird aber auch mit seinen christlichen Widersachern fertig werden. Nicht deshalb allein, weil er sie in jedem Betracht überlegen kann, sondern weil der geistige und wirtschaftliche Inhalt unserer Organisation, weil die Arbeit, die sie verrichtet, weil das ideale Ziel, das der Verband im Auge hat, vor dem Forum objektiver Kritik bestehen kann, und weil die Überzeugung der Mitglieder von der Notwendigkeit, Zweckmäßigkeit und Folgerichtigkeit der Haltung des Verbandes innerhalb der Arbeiterbewegung der eigenen Erkenntnis und Erfahrung, und nicht, wie vielfach bei den Christlichen, einer papageimäßigen Abriechung entspringt. Als die heutigen Wortführer und Gönner der christlichen Gewerkschaften sich noch

den Teufel um das Wohl der Arbeiter kümmern, als Leute à la Felder und Hoffäh noch keine Posten erstreben konnten — denn dann erst entdeckten sie ihre „christliche“ Gesinnung —, als die Zeit noch nicht erfüllt war, um mit einem Schlage vom simplen Gastwirt zum Oberfaktor zu avancieren, als eine vierwöchige Organisationsarbeit noch nicht zum Führer einer Organisation befähigte, hat der Verband der Deutschen Buchdrucker in mühevoller Arbeit und über heiße, aufreibende Kämpfe hinweg die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der gesamten Gehilfenschaft verteidigt und den Boden mit vorbereiten helfen, auf dem heute unser Tarifwerk errichtet ist; in diesen Kämpfen ist auch unser Verhältnis zu den übrigen Gewerkschaften geboren worden, das wir heute aufgeben sollen, um Gnade vor den christlichen Führern zu finden, die, wie Behrens, heute im Lande umherreisen, und — geschützt durch die christliche „Neutralität“ — die Interessen der Ugvarier verteidigen und gegen die Erbschafts- und Nachlasssteuer donnern! Mag in dem Verhältnis, wie wir zu anderen Organisationen und Organisationsformen und bestimmten Erscheinungen in der deutschen Arbeiterbewegung stehen, unsererseits manches zu wünschen übrig bleiben, unsere Beziehungen sind aber natürliche und durch die geschichtliche Entwicklung der Arbeiterbewegung bedingte. Nichts bleibt in seinen heutigen Formen und alles schreitet einer höheren Entwicklung entgegen, und da seinen Platz ausfüllen und ehrliche Arbeit leisten, das Sinnemäßige und Mögliche und Erreichbare im Auge, das ist in jeder Beziehung der Grundsatz, das Fundament, auf dem unsere Organisation ruht. So wirkt sie innerhalb der Arbeiterschaft, so erledigt sie im eignen Hause ihre Arbeiten, so stellt sie sich zu der übrigen Gesellschaft. Wollte der Verband sich von diesem Platze entfernen, diese Würdigung der Dinge aufgeben, dann wäre er vielleicht reif für die Hintertümpel der christlichen Gewerkschaften, aber nicht für eine positive gewerkschaftliche und vor allem eine kulturelle Arbeit. Das Wort des alten Liebknecht: „Wir sind heute noch, was wir gestern waren und wir bleiben, was wir sind!“ — das schleudern wir trotz der christlichen Führern ins Gesicht; mögen sie nun tun, was sie nicht lassen können. Wie überhaupt diese christlichen Agitatoren vom Schlage eines Felder, Hoffäh, Bredemann usw. von ihren Freunden eingeschätzt werden, geht aus einer Kritik des „Zentralblatts“ (Nr. 16 von 1907) hervor: „Man sagt allgemein, die Politik verdirbt den Charakter, man könnte auch sagen: die Agitation verdirbt manche intelligente und tüchtige Köpfe bezüglich des sozialen Studiums. . . Das hat zur Folge, daß einzelne Referenten fast in phonographischer Form stets ein und dasselbe reden, etwas mehr oder minder aufgepußt und mit Kraftausdrücken gespickt.“ Da nun Felder bloß als Agitator und im schlechtesten Sinne des Wortes als Gehapostel angestellt ist, kann man nach dem christlichen Urteil ermaßen, welche Weisheitsheiden auf den Verband losgelassen werden zur höhern Ehre einer christlich-gelben Krausreiferorganisation. Das eine mögen sich aber die Mr. Gladbacher Herren gesagt sein lassen, daß sie mit ihrer verächtlichen Zersplitterungsarbeit beim Verbands der Deutschen Buchdrucker auf Granit beißen.

## Aus dem Auslande.

**Deutsche Schweiz.** Auf der außerordentlichen Generalversammlung des Prinzipalsvereins am 7. Februar in Zürich hat man sich auch mit der „Selvetischen Typographia“ beschäftigt. Es wurde Klage geführt über den „unanständigen Ton“ derselben. Bekanntlich hat die Diskussion über den verworfenen Sehmachentarif ziemlich helle Wellen geschlagen, und darin soll nun der unanständige Ton des schweizerischen Verbandsorgans bestehen. Davon aber, daß unter den Prinzipalen Flugblätter mit den unfinnigsten Behauptungen und Schimpereien kursierten, wurde in der Versammlung nichts gesagt. Nun ist es aber gerade das Prinzipalsorgan, welches in persönlicher Bekämpfung des Typographenbundes schon das Möglichste geleistet hat. Es bedurfte vor einem Jahr eines öffentlichen Protestes des Zentralkomitees, um die „Buchdruckerzeitung“ zur Unständigkeit zu zwingen. Seit der erwähnten Generalversammlung vergeht auch wieder keine Nummer, in der nicht über den Typographenbund losgezogen wird. Ein gewisser Teil der Prinzipale sowie der neutralen Gewerkschaft würde es eben sehr gerne sehen, wenn der Typographenbund sich durch diese Schimpereien provozieren ließe und eine Dummheit begehen würde.

Die Arbeitslosigkeit im Buchdruckgewerbe ist gegenwärtig gleich Null. Die Situation hat sich also sehr zum Vorteile gebessert. Es kommt dies daher, daß gegenwärtig viel staatliche Arbeiten herzustellen sind (Jahresberichte und -abrechnungen in den verschiedenen Kantonen). Hoffentlich hält der flotte Geschäftsgang an. In den andern Berufen sieht es aber noch traurig aus. In einzelnen Gegenden, wo nur bestimmte Industriezweige vertreten sind, gibt es schon viel Elend.

Zu den Kantonen, die einen Beitrag zu den Kosten für die Arbeitslosenunterstützung leisten, ist nun auch Zürich getreten. Es sind jetzt deren drei: Basel, St. Gallen und Zürich.

Auch das Lehrlingsregulativ wird in einem weiteren Kantone Gesetzeskraft erlangen, und zwar in St. Gallen, sobald das neue Lehrlingsgesetz unter Dach ist, welches vorsieht, daß besondere Abmachungen in einem Verufe zwischen Prinzipalen und Gehilfen an Stelle des Gesetzes zu treten hätten.

Über den Sejmachentarif nichts Neues. Seine 51. Generalversammlung hält der Schweizerische Typographenbund am 30. Mai in Zürich ab.

Über das eigne Heim der Schweizerischen Verbandsdrucker brachte die „Selvetische Typographia“ vor einiger Zeit einen größeren Artikel, in dem die Vertriebung über das Erreichte so recht zum Ausdruck kommt. Am 1. Februar konnte die neue Drucker im eignen Bau in allen ihren Teilen dem Betrieb übergeben werden. Es waren erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden, bis der praktische Neubau des Typographenbundes an der Brunngasse in Basel sich in seiner schmucken Form präsentieren konnte. Über was sonst beim Bauen am meisten einzutreten pflegt: Geldnot, machte hier die Schwierigkeiten nicht aus, sie wurden vielmehr bereitet von einer Kapitalistengruppe, dem Schweizerischen Baumeisterverband, der diesem Gewerkschaftsbau gegenüber einen Willkürakt durch Verhängung des Materialboykotts verübte. Gekränkterweise vergeblich. Im Sejmersaal, der mit der Aussicht auf einen prächtigen Biergarten, einen für Buchdrucker besonders schätzbaren Vorzug aufweist, sind gegenwärtig 20 Kollegen beschäftigt, im Druckerlokal befindet sich auch eine Notationsmaschine im Betriebe. Das Schweizerische Verbandsorgan glaubt sagen zu können, daß der Typographenbund eine Musteroffizin geschaffen habe, die hoffentlich auch in geschäftlicher Beziehung alle Erwartungen erfüllen werde.

**Frankreich.** Kürzlich ist das schon lange angekündigte Plakat mit dem Verzeichnisse der bei den neuen Lohnsätze der Maschinenbesitzer bezahlenden Beträgen öffentlich angeschlagen worden, mit der Bitte an das Publikum, die übrigen Zeitungen zu boykottieren, da unter den anerkennenden alle Parteien vertreten seien. Auerkannt haben folgende 22 Zeitungen: „Petit Republicain“, „L'Action“, „Paris-Journal“, „Le Gaulois“, „Le Radical“, „Le libre Parole“, „Le Gil Blas“, „Les Nouvelles“, „Le Peuple Français“, „L'Echo de Paris“, „Le Soleil“, „L'Humanité“, „La Revolution“, „L'Auto“, „L'Autorité“, „Le Sicle“, „Jockey“, „La Liberté“. Von Handsejmern werden zu tarifmäßigen Be-

dingungen hergestellt: „Le Temps“, „Figaro“, „Le Débats“ und „L'Auteuil-Longchamp“. Man vergleiche hierzu in Nr. 36 die Ausführungen an gleicher Stelle.

Das Organ der Prinzipale macht sich über die geschweherte Bewegung weidlich lustig. Es zählt drei Vorzüge für die Buchdruckereibesitzer aus dem Maschinenzeitalter in Paris, der offiziell ja noch fortbauert, auf: 1. Bildung eines Vereins von Zeitungsdruckern, die bisher nicht organisiert waren; 2. Lohn-druckerei, ermöglicht durch das Angebot von über 200 Arbeitslosen; 3. allgemeine Zustimmung beim Publikum gegen die Gehilfen, das noch nicht die erste Niederlage im August v. J. vergessen hat. Henri Rochefort häut in die gleiche Kerbe und macht darauf aufmerksam, daß die Biotypisten bedeutend besser als viele staatliche Beamte bezahlt seien, auch weniger lange Arbeitszeit hätten.

Der ehemalige Kollege, später langjährige Abgeordnete J. B. Vénédzé, ist am 20. Februar, nicht ganz 56 Jahr alt, gestorben. Sein Begräbniß fand auf dem bekannten Pariser Friedhofe Père-Lachaise (wo auch u. a. unser Heinrich Heine ruht) statt. Über 2000 Personen (Parlamentarier, Politiker, Vertreter der Presse, Buchdrucker) gaben ihm das letzte Geleit. Keuser lobte den Dahingegangenen ob seiner edlen Eigenschaften. Vénédzé war feinergeitig Präsident der Mitgliedschaft in Montpellier, Schriftführer der Arbeiterbörse usw.

Das Weisenhaus für Angehörige des Buchgewerbes in Montrouge bei Paris erzieht jetzt 24 männliche und acht weibliche Waisen von Buchdruckern.

**Spanien.** Das Madrider Sektionsorgan „El Obrero Gráfico“ ist in seinem zweiten Jahrgang eingetreten und hat aus diesem Anlaß eine verstärkte Propagandanummer herausgegeben. Dieses lokale Fachblatt im Formate des „Korr.“ erscheint dreimal monatlich. Dagegen macht das Zentralorgan „La Union Tipográfica“ in einem viel kleineren Formate mit seinen vier Seiten bei einmaligem Erscheinen im Monat einen recht dürftigen Eindruck. Daß man vor allem auf die Aus-bauung des Zentralorgans Wert legen müßte, um die Provinz nicht zu vernachlässigen, dieser Gedanke ist in der spanischen Organisation noch nicht durchgedrungen.

Die letzten Nummern der beiden Organe bringen viele Spalten über einen ausgebrochenen Streik bei der Firma Rivadeneyra in Madrid, deren Direktor wohl Präsident der Prinzipalsorganisation ist, aber von einer Arbeiterorganisation nicht wissen will. Die Firma ist eine halbe Regierungsdrukerei und wird auch die offizielle „Gazetta de Madrid“ in derselben gedruckt. Durch das plötzliche Entlassen eines „entdeckten“ Verbandsmitglieds kam es zum Ausstand, an dem sich wider Erwarten des Herrn Direktors auch die Buchbinder usw. beteiligten. Die Entlassung wurde zurückgezogen und die Sache war wieder in Ordnung. Nach dieser gelungenen Bewegung setzte aber auch eine rege Agitation unter den Druckern ein, die die Anerkennung ihres Syndikats, 50 Cts. Wohnverhöhung und eine entsprechende Überstundenvergütung verlangten. Die erste Bedingung wollte man erfüllen, „wenn es keine Geschäftsnachteile zur Folge hätte“, hingegen die andern Bedingungen nur teilweise. Mit den nun in den Streik tretenden Maschinenmeistern erklärten sich auch die Seiger solidarisch, und dauert der Streik nun schon mehrere Wochen. Die Einigungsverhandlungen beim Bürgermeister sind ergebnislos verlaufen. Die zusammengehörten Streikbrecher werden in der Druckerei versorgt und schlafen auch daselbst. Um diesen Rettern in der Not die Zeit zu vertreiben, ließ die Firma an einem der letzten Sonntage einen — Gauberey kommen, der sich vor dieser illustren Gesellschaft produzierte. Und er hatte einen gelehrigen Schiller gefunden, der am andern Tage schon Blätter der Firma „verschwinden“ lassen konnte, wegen welcher Fertigkeit er aber schleunigst das Gefängnis der schwarzen Kunst mit dem Stadtgefängnisse vertauschen mußte. Da die Firma Rivadeneyra bei verschiedenen andern Firmen Personal borgen wollte, kam es noch in den Druckereien Marza, Minnefa und Pederal zum Streik, doch sind diese Bewegungen inzwischen beigelegt. Trotz der schlechten Erfahrungen mit den Arbeitswilligen, wovon Maschinenbesetze und unbrauchbar gewordene Klischees sehr häufig Zeugnis ablegten, blieb die Firma Rivadeneyra auf ihrem ablehnenden Standpunkte, den sie aber vielleicht schon aufgeben hätte, wenn die Regierung nicht so viel Rücksicht über würde betreffs der Lieferungsstermine der amtlichen Druckfachen.

## Korrespondenzen.

**Burgstädt.** Endlich konnte der schon lange gehegte Wunsch, einen engeren Zusammenschluß unter den Kollegen herbeizuführen, durch die am 28. März erfolgte Gründung eines Ortsvereins in Erfüllung gehen. Auf unsere Einladung hin hatten sich auch Kollegen aus Chemnitz, Limbach und Nachitz eingeschrieben. Von den in der hiesigen Umkleidruckerei R. Schmidt beschäftigten Gehilfen, sämtlich NV, hatte keiner unserer Einladung Folge geleistet. Aber wie sie sich alles verändert, so wird auch hier einmal eine Änderung eintreten. Mit der „ewigen“ Kunst, in der sich die Gehilfen dort fühlen, kann es eines Tages auch ein Ende haben. Unser Gau-vertreter Dähnel (Chemnitz) hielt einen Vortrag über „Pflege der Kollegialität und Erziehung der Jugend“ und wurde ihm für seine interessanten Ausführungen der Dank der Versammlung zuteil. Hierauf wurde die offizielle Gründung vorgenommen und diverse „Reden“ liefen vom Stapel. Mögen nun die Kollegen auch als kleine Schar stets einig sein und die Versammlungen

regelmäßig besuchen. Überflüssige Fachliteratur von Brudervereinen wird stets mit Dank angenommen.

**Glogau.** (Bezirksmaschinenmeisterklub.) Der Besuch der Versammlung am 2. April ließ viel zu wünschen übrig. Doch wollen wir hoffen, daß er bald wieder besser wird. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten erfolgte die Besprechung über die von der schlesischen Zentrale eingetroffene Kundgebung, die diesmal viel Interessantes und Befriedendes bot. Durch mehrere Neuaufnahmen zeigt die Mitgliederzahl ein erfreuliches Wachstum, sie ist nunmehr auf 22 gestiegen. Damit sind alle für den Verband in Betracht kommenden Bezirksorte erobert. Verbunden mit der Mäßigkeit einiger Kollegen im Bezirke, die Werbetrömmel tüchtig zu rühren, können wir mit Benugung sagen: Der Versuch ist weit über unsere Erwartungen hinaus geglückt! Die Agitation für die neue technische Prospektur über die von der schlesischen Zentrale eingeleitet. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde der im Bezirke verstorbenen Kollegen in üblicher Weise gedacht. Aus dem Berichte des Bezirksvorstehers Schindelhauer war zu entnehmen, daß sich der Bezirk im allgemeinen tariflicher Verhältnisse erfreut. Leider mußte die Drucker-Schulze in Kolitzsch wegen Nichtanerkennung eines Schiedspruchs aus dem Tarifverzeichnisse gestrichen werden. Ob der Prinzipal über die jetzt bei ihm bestehenden Verhältnisse besonders erbaunt ist, steht nach den gemachten Schilderungen nicht fest. In Merseburg haben sich die Verhältnisse in erfreulicher Weise gebessert. Die Mitgliederzahl im Bezirke stieg von 538 auf 577, welchen 192 Nichtmitglieder (einschließlich 41 tariffreien Gehilfen) gegenüberstehen. Die Einführung der Segmaschine macht weitere Fortschritte. Die Zahl der Maschinenbesitzer ist jetzt auf 40 gestiegen. Der Gutenbergsbund geht einen langsamen aber sichern Kreisgang. Sein Mitgliederstand verteilt sich auf die Orte Halle, Eisleben und Merseburg. Bekannter „Ortsverein“ besteht aus sechs strammen Mitgliedern. Die Berichte der Vertrauensleute aus den einzelnen Bezirksorten deckten sich im allgemeinen mit den im Gaubereich enthaltenen Ausführungen. In Betracht kommen außer Halle die Orte Delitzsch, Eilenburg, Eisleben, Merseburg, Schleuditz, Raasdorf und Schafstädt. Besondere Veränderungen sind nicht zu konstatieren. Die tariflichen Verhältnisse sind zufriedenstellend. Die Gehilfenkataster in einigen Fällen nicht eingekalfert. Hauptächlich ist dies der Fall bei den Firmen, die den Tarif nicht anerkennen. Die Ferienbewilligung „macht“ nur geringe Fortschritte. Auf die Gewinnung der ausserländischen Lehrlinge für den Verband wird überall geachtet. Vom Ortsvorstande Halle wurde folgender Antrag zum Goutage vorgeschlagen: „Zur Befreiung der Verwaltungskosten bringen die Ortsvereine 3 (bisher 2) Prozent der Verbandsentnahmen in Umlage; Ortsvereine, deren Verwaltung nicht mehr im Nebenamt erledigt werden kann, erhalten 4 Proz.“ Der Antrag ist gestickt, weil die Verwaltungskostenentschädigung an die Goute vom 1. Januar von 3 auf 5 Proz. erhöht worden ist. Dieser Antrag verursachte eine lange Debatte, wobei es sich besonders um die Erhöhung der 2 auf 3 Proz. der kleineren Orte handelte. Einige Redner waren gegen diese Erhöhung, da die kleineren Orte nach der im Gaubereich enthaltenen Statistik im allgemeinen günstige Resultate erzielt hätten, während bei den großen Orten (Halle und Magdeburg) Defizit zu verzeichnen sei, was zum Teil mit durch die hohen Verwaltungsausgaben verursacht wäre. Hierbei wurde auch die Anstellung des Gauvorstehers, die vom Gauvorstande dem Goutage vorgeschlagen werden soll, ausgiebig erörtert. Die meisten Redner sprachen ihre Vermunderung darüber aus, daß diese Absicht nicht schon längst den Mitgliedern bekannt gemacht worden sei. Bei der Wichtigkeit des Antrages wäre eine zeitige Stellungnahme und eingehende Erörterung am Plage. Die Notwendigkeit der Anstellung hätte sich bis jetzt noch nicht ergeben. Von Seiten des Gauvorstandes wurde dem entgegengetreten. Die Kollegen hätten noch genügend Zeit zur Stellungnahme. Die Anstellung eines zweiten Gaubeamten sei nicht mehr länger hinauszuschieben. Auch die Abhaltung von zwei Bezirksvorsteherkonferenzen im vergangenen Jahre wurde kritisiert. Es müsse mehr in der Öffentlichkeit verhandelt werden. Dem wurde entgegengestellt, daß diese Tagungen sich als zweckmäßig erwiesen hätten. Von einer Ausschaltung der Mitglieder könne gar keine Rede sein. Das Mittrauen sei nicht am Plage. Die Abstimmung über den obigen Antrag ergab die einstimmige Annahme desselben. Für die Wahl der Delegierten zum Goutage wurde eine entsprechende Anzahl von Kandidaten aufgestellt. Nach einem kurzen Schlussworte des Vorsitzenden endigte die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband. Der Besuch besonders von Vororte ließ sehr zu wünschen übrig. Von 459 Mitgliedern in Halle waren nur 98 anwesend. Die übrigen Bezirksorte waren besser vertreten; so Merseburg 21, Eilenburg 16, Eisleben 10, Delitzsch 10, Schleuditz 7, Landsberg, Kolitzsch, Schafstädt je 1, zusammen 165 Kollegen.

**-ch. Halle a. S.** Die Frühjahrsversammlung des Bezirkes Halle a. S. fand am 28. März im Saale des „Weißen Hof“ hier selbst statt. Die Versammlung wurde durch zwei Begrüßungsvorträge des Gesangsvereins Gutenbergs eingeleitet. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde der im Bezirke verstorbenen Kollegen in üblicher Weise gedacht. Aus dem Berichte des Bezirksvorstehers Schindelhauer war zu entnehmen, daß sich der Bezirk im allgemeinen tariflicher Verhältnisse erfreut. Leider mußte die Drucker-Schulze in Kolitzsch wegen Nichtanerkennung eines Schiedspruchs aus dem Tarifverzeichnisse gestrichen werden. Ob der Prinzipal über die jetzt bei ihm bestehenden Verhältnisse besonders erbaunt ist, steht nach den gemachten Schilderungen nicht fest. In Merseburg haben sich die Verhältnisse in erfreulicher Weise gebessert. Die Mitgliederzahl im Bezirke stieg von 538 auf 577, welchen 192 Nichtmitglieder (einschließlich 41 tariffreien Gehilfen) gegenüberstehen. Die Einführung der Segmaschine macht weitere Fortschritte. Die Zahl der Maschinenbesitzer ist jetzt auf 40 gestiegen. Der Gutenbergsbund geht einen langsamen aber sichern Kreisgang. Sein Mitgliederstand verteilt sich auf die Orte Halle, Eisleben und Merseburg. Bekannter „Ortsverein“ besteht aus sechs strammen Mitgliedern. Die Berichte der Vertrauensleute aus den einzelnen Bezirksorten deckten sich im allgemeinen mit den im Gaubereich enthaltenen Ausführungen. In Betracht kommen außer Halle die Orte Delitzsch, Eilenburg, Eisleben, Merseburg, Schleuditz, Raasdorf und Schafstädt. Besondere Veränderungen sind nicht zu konstatieren. Die tariflichen Verhältnisse sind zufriedenstellend. Die Gehilfenkataster in einigen Fällen nicht eingekalfert. Hauptächlich ist dies der Fall bei den Firmen, die den Tarif nicht anerkennen. Die Ferienbewilligung „macht“ nur geringe Fortschritte. Auf die Gewinnung der ausserländischen Lehrlinge für den Verband wird überall geachtet. Vom Ortsvorstande Halle wurde folgender Antrag zum Goutage vorgeschlagen: „Zur Befreiung der Verwaltungskosten bringen die Ortsvereine 3 (bisher 2) Prozent der Verbandsentnahmen in Umlage; Ortsvereine, deren Verwaltung nicht mehr im Nebenamt erledigt werden kann, erhalten 4 Proz.“ Der Antrag ist gestickt, weil die Verwaltungskostenentschädigung an die Goute vom 1. Januar von 3 auf 5 Proz. erhöht worden ist. Dieser Antrag verursachte eine lange Debatte, wobei es sich besonders um die Erhöhung der 2 auf 3 Proz. der kleineren Orte handelte. Einige Redner waren gegen diese Erhöhung, da die kleineren Orte nach der im Gaubereich enthaltenen Statistik im allgemeinen günstige Resultate erzielt hätten, während bei den großen Orten (Halle und Magdeburg) Defizit zu verzeichnen sei, was zum Teil mit durch die hohen Verwaltungsausgaben verursacht wäre. Hierbei wurde auch die Anstellung des Gauvorstehers, die vom Gauvorstande dem Goutage vorgeschlagen werden soll, ausgiebig erörtert. Die meisten Redner sprachen ihre Vermunderung darüber aus, daß diese Absicht nicht schon längst den Mitgliedern bekannt gemacht worden sei. Bei der Wichtigkeit des Antrages wäre eine zeitige Stellungnahme und eingehende Erörterung am Plage. Die Notwendigkeit der Anstellung hätte sich bis jetzt noch nicht ergeben. Von Seiten des Gauvorstandes wurde dem entgegengetreten. Die Kollegen hätten noch genügend Zeit zur Stellungnahme. Die Anstellung eines zweiten Gaubeamten sei nicht mehr länger hinauszuschieben. Auch die Abhaltung von zwei Bezirksvorsteherkonferenzen im vergangenen Jahre wurde kritisiert. Es müsse mehr in der Öffentlichkeit verhandelt werden. Dem wurde entgegengestellt, daß diese Tagungen sich als zweckmäßig erwiesen hätten. Von einer Ausschaltung der Mitglieder könne gar keine Rede sein. Das Mittrauen sei nicht am Plage. Die Abstimmung über den obigen Antrag ergab die einstimmige Annahme desselben. Für die Wahl der Delegierten zum Goutage wurde eine entsprechende Anzahl von Kandidaten aufgestellt. Nach einem kurzen Schlussworte des Vorsitzenden endigte die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband. Der Besuch besonders von Vororte ließ sehr zu wünschen übrig. Von 459 Mitgliedern in Halle waren nur 98 anwesend. Die übrigen Bezirksorte waren besser vertreten; so Merseburg 21, Eilenburg 16, Eisleben 10, Delitzsch 10, Schleuditz 7, Landsberg, Kolitzsch, Schafstädt je 1, zusammen 165 Kollegen.

**-lk. Wiesbaden.** (Ortsvereinsversammlung vom 20. März.) Bei einer Anwesenheit von nur 47 Mitgliedern mußte diese Versammlung eröffnet werden. Es

ist ein tief beschämendes Zeugnis für die hiesigen Kollegen, daß bei einem Mitgliederstande von 244 trotz der Wichtigkeit der Tagesordnung nicht mehr erschienen waren. Tatsache ist, daß stark die Hälfte der Mitglieder motorisch die Versammlungen schwänzt. Daß solche Zustände die Arbeitsfreudigkeit des Vorstandes nicht geben, ist begrifflich. Aus diesem Grunde mußte auch die vom Graphischen Kartell geplante Protestversammlung gegen die Inzineratensteuer ausfallen, da der Referent einen Besuch von mindestens 100 Personen verlangte und ihm dieses leider nicht versprochen werden konnte! Eingangs der Versammlung am 20. März wurde das Andenken des verstorbenen Kollegen Schlicht gelehrt. Aus dem Berichte vom Gewerkschaftskartell ist zu ermahnen, daß bei den Wahlen zum Gewerbegericht die freien Gewerkschaften 14 Sitze errangen; unter den Gewählten befindet sich unser erster Vorsitzender. Die Christlichen erhielten einen Sitz. Die Wahlen zur Gemeinsamen Ortsratenkasse wurden ohne die Beteiligung der Christlichen vorgenommen. Die Beiträge zum Gewerkschaftskartell und Arbeitersekretariate betragen jetzt pro Jahr und Mitglied 90 Pf. gegen früher 1,04 Mk. Es wurde noch der Wunsch ausgedrückt, die unter großen Kosten installierte Zentralbibliothek fleißiger zu benutzen. Als Verwalter des neuingerichteten Arbeitsnachweises wurde Kollege Wienold gewählt. Um die Versammlung abzurufen, wurde beschlossen, den Punkt „Tarifklage“ fallen zu lassen und diese Sachen in Zukunft unter dem zweiten Punkte: „Anfragen und Wünsche“, zu erledigen. Als erster Vorsitzender wurde der bisherige zweite, Kollege Holzhäuser, gewählt. Zu dem volkswirtschaftlichen Unterrichtskursus des Herrn Dr. Duncker wurden die vorhandenen 20 Karten auszugeben und bekannt gemacht, daß den Besuchern sämtlicher acht Vortragsabende der Eintrittspreis (50 Pf.) rückvergütet werden soll. Nachdem noch für den andern Tag eine Agitationstour nach Rüdelsheim beschlossen, wurde die Versammlung geschlossen.

## Rundschau.

**Ferien!** Die Geschäftsleitung des „Döbblener Generalanzeigers“ gewährt ihrem gesamten Personal acht Tage Ferien ohne Rücksicht auf die Dauer der Kondition. Dieses Entgegenkommen ist um so mehr zu begrüßen, als dasselbe freiwillig ohne direktes Ersuchen der Gehilfenleistung erwiesen wurde.

**Anspruchspostkarten und Preßgesetz.** Nach einer preussischen Ministerialverfügung sind gewöhnliche Ansichtspostkarten, d. h. solche, welchen keine politische, religiöse, soziale oder unflüchtige Gedanken zugrunde liegen, von der Vorschrift der Angabe des Druckers, Verlegers, Verfassers oder Herausgebers nach Absatz 2 § 6 des Reichspreßgesetzes befreit.

**Konkursöffnung: Buchdruckerei und Verlag Mag. Schöler in Dresden.**

Von einem seltenen Zusammenreffen unglücklicher Umstände gibt folgende Todesanzeige in dem französischen Verbandsorgane Kunde: „Am 28. Februar fand die Beeridigung unsers guten Kameraden Karl Lephilippinat statt. Er starb nach kurzer Krankheit im Alter von 38 Jahren und läßt eine Witwe und drei Kinder zurück, von denen das letzte am Begräbnistage geboren wurde.“

Eine eigene Rotationsdruckpapierfabrik beabsichtigen die ungarischen Zeitungsdruckereien zu gründen, um sich dadurch dem unerträglichen Einflusse des österreichisch-ungarischen Druckpapierkartells zu entziehen. In Deutschland ist bekanntlich seinerzeit die gleiche Idee ins Wasser gefallen.

Kurz und bündig! Eine Zeitung in Schleswig-Holstein stellte ihr Erscheinen mit folgender freiwilliger und lakonischer Begründung ein: „An die Leser! Der Redakteur schreibt nicht mehr! Der geschäftsführende Ausschuss zählt nicht mehr! Der Buchdrucker pumpt nicht mehr! Deshalb kann das „Schleswig-Holsteinische Wochenblatt“ nicht mehr erscheinen. Der Verlag.“

**Zur Richtigstellung!** Von der deutschen Großloge des unabhängigen Ordens der Guttempler (neutral), Distrikt Nr. 6, in Köln, ging uns das Ersuchen zu, festzustellen, daß diese Verbindung mit dem unerfreulichen Vorkommnisse, die wir in den Nummern 34 und 37 unter der Stichmarke „Guttempler und Streikbrecher“ bzw. „Guttemplerorden und gelbe Mäuren“ registrierten, nichts zu tun habe. Es bestehen nach dieser Mitteilung in Deutschland zwei Guttemplerorden, der internationale Orden I. O. G. T. und der neutrale unabhängige Orden I. O. G. T. Der erstere hat als Bundesorgan die Zeitschrift „Deutscher Guttempler“ und der letztere die Zeitschrift „Deutsche Abtinentblätter“. Das zuletzt genannte Bundesorgan kommt also bei dem von uns erwähnten Streitfalle nicht in Betracht.

**Weiberdiesjährigen Konferenz der Verbände vorstände der freien Gewerkschaften Deutschlands,** welche am 22. und 23. März in Berlin stattfanden, wurden zunächst eine Reihe von Anträgen und Fragen behandelt, die der Konferenz durch den Hamburger Gewerkschaftskongress zur Erledigung überwiesen wurden. So wurde u. a. das Bedürfnis zur Herausgabe eines zweiten polnischen Gewerkschaftsblatts, speziell für das Ruhrgebiet und für die Hüttenarbeiter, nicht anerkannt, dagegen soll eine zweckmäßigere Ausgestaltung der „Oswiata“ durch Mitarbeit von den betreffenden Gebieten und Berufen angestrebt werden. Die Notwendigkeit vorjähriger Vertheidigung der Vorstände bei Lohnbewegungen über die Behandlung der Streikarbeit wurde



ganz besonders präzisiert. Die Frage, ob Doppeltorganisierte aus zwei Organisationen zugleich oder nacheinander Unterstützung beziehen können, wurde verneint, aber dem Mitgliede freie, diejenige Organisation selbst zu wählen, von welcher es die Unterstützung beziehen will. Über die Gewährung von Rechtsschutz und Maßregelungsunterstützung an Mitglieder anderer Gewerkschaften wurden folgende Grundsätze aufgestellt: 1. Daß zunächst diejenige Organisation, in deren Interesse ein Mitglied einer anderen Organisation agitatorisch oder gewerkschaftlich tätig war, gemäßigter oder in ein Strafverfahren verwickelt wurde, die Unterstützung zu gewähren habe; 2. In jenen Fällen, in denen Rechtsschutz von Mitgliedern nachgesucht wird, die sich aus Solidaritätsgefühl für andere Gewerkschaften oder deren Kämpfe ohne besonderen Auftrag engagiert haben, hat sich die angeregte Organisation mit derjenigen, für die Solidarität bezogen wurde, ins Einvernehmen zu setzen, ob und von welcher Organisation der Rechtsschutz zu gewähren ist. Ist eine Verständigung nicht möglich, so ist die Generalkommission zur Vermittlung anzurufen. Bis zur Erledigung der Kostenfrage hat die Organisation, welcher der Beklagte angehört, die Kosten vorzutragen. Einen weiteren wichtigen Punkt bildete die Streitfrage, ob die Gewerkschaftstabelle besetzt sein, für den Bau und die Unterhaltung von Gewerkschaftshäusern eine Erhöhung der regelmäßigen Kartellbeiträge eintreten zu lassen oder Ertragsbeiträge obligatorisch zu erheben. Ein Beschluß wurde in dieser Sache nicht gefaßt; vielmehr wurde die Generalkommission beauftragt, der nächsten Vorstandskonferenz eine genaue Aufstellung über die Rentabilität der Gewerkschaftshäuser und über die Höhe der Beiträge der Gewerkschaften zu solchen an den einzelnen Orten vorzulegen. Zur Sammlung von Material über Arbeiterschutz wird bei der Generalkommission eine besondere Abteilung eingerichtet. Auch die Rechtslage der Gewerkschaften gegenüber Schadenersatzansprüchen infolge von Vorkrächen und Sperren wurde sehr eingehend besprochen. Bei den einander widersprechenden Gerichtsurteilen konnte jedoch die Konferenz zu übereinstimmenden Ergebnissen zur Schaffung von Rechtsgarantien nicht kommen und soll die Generalkommission Material über diese Frage sammeln und es der nächsten Vorstandskonferenz unterbreiten. Den Rest der Verhandlungen bildete eine Reihe geschäftlicher Fragen.

Bei den Vertreterwahlen zur Ortskrankenkasse in Hengdt siegte die Liste der freien Gewerkschaften über diejenige der christlich und nationalen trotz eines überaus großen Wahlamts der letzteren.

Die Scharfmacher an der Arbeit. Die Handelskammer in Oppeln läßt sich in ihrem vor einigen Tagen herausgegebenen Jahresberichte folgendermaßen hören: „Während müssen wir auch dieses Jahr wieder unsere Stimme erheben vor einem Weiterdrängen auf der abschüssigen Bahn, die die deutsche Sozialpolitik betreten hat. Es gibt kein Kapitel in unserer innern Politik, das für das deutsche Unternehmertum gleich unerfreulich wäre; mit ernster, banger Sorge blicken wir auf die Entwicklung, die sich hier vollzieht. Schritt für Schritt weichen Regierung und Parlament vor der Begehrlichkeit der Massen zurück — die Stimme der Industrie und ihrer berufenen und sachkundigen Vertreter verhallt unbeachtet, vielfach sogar ungehört. Forderungen, die noch heute vom Ministerium als feierlich als unberechtigt, als unerschütterlich bezeichnet werden, sollen morgen plötzlich verwirklicht werden, weil irgend ein zufälliges, von Menschenhand nicht zu hinderndes Ereignis eingetreten ist, das Begehrlichkeit gefischt für seine Zwecke zu nützen versteht. Nicht praktische Tatsache mehr, nein ideale, theoretische Erwägungen sind dafür entscheidend, ob eine neue gesetzgeberische Maßnahme eingeleitet werden soll oder nicht. Aus solchen theoretisch-idealen Erwägungen heraus ist gegen den ehmütigen Widerspruch des gesamten deutschen Unternehmertums der Plan der Errichtung von Arbeitskammern entstanden, ist in allerjüngster Zeit die Novelle zum Vergesetz mit ihren Sicherheitsmännern (Arbeitskontrollleuten) entstanden.“ Die Seele dieser Handelskammer ist der Generaldirektor und Geheimrat Vergart Uthmann, der früher im Handelsministerium tätig war und schon dort dafür sorgte, daß das Rad der Sozialpolitik im Tempo der Echtermacher Springprozession sich bewegte. Der „Gesinnungstüchtigkeit“ dieses Herrenmenschen entspringt noch folgende Bewertung der neuen preussischen Vergesetznovelle: „Die neueste Vergesetznovelle ist wieder einmal ein Gelegenheitsprodukt. Sie verdankt ihre unmittelbare Entstehung in letzter Linie einer zufälligen Ungeschicklichkeit, die beim Besuche des Prinzen Gisel Friedrich in Raddob untergelaufen ist. Der Prinz wurde nämlich abends in tiefer Dunkelheit auf den Bechenhof von Raddob gefahren, mitten in eine erregte, zum Teil alkoholisierte Menschenmenge hinein. Die Menge bemächtigte sich des Prinzen, um ihm die bekannten sozialistischen Forderungen nach Reichsberggesetz und Arbeiterkontrollleuten in ihrer Art vorzutragen. Dieser Vortrag hat sich in dem vorliegenden Gesetzentwurf verdrängt.“ Und zum Überflusse gestattet sich dieser Kenner der Regierung auch noch folgende Verhöhnung des preussischen Handelsministers, der mit dieser Vorlage um die Seele des einzelnen Arbeiters kämpfen wolle, und sagt: „Dieses Gesetzkämpfen kommt direkt hinter dem Gesundheits.“ — Auch der Zentralverband der Scharfmacher unter den Bäckermeistern reichte eine Petition an den Reichstag ein, in der es u. a. heißt: „Man muß die Führer, die Gewerkschaften, die Verbände, Zeitungen (nicht bloß deren Redakteure) usw. für den verursachten Schaden verantwortlich machen und sie zur Zahlung des bereits an-

gerichteten Schadens und des Schadens, der durch diese Sanierungsweise auch in den ferneren Jahren den Gewerbetreibenden entsteht, heranziehen können. Außerdem müßten die Strafbestimmungen verschärft werden. Laut tönt der Ruf um Hilfe gegen die rote Gefahr durch alle Gauen uners Vaterlandes. Einzelbeispiele des oft ungläublichen Terrorismus hier anzuführen, dürfte sich erübrigen, da jedem Deutschen aus den Zeitungen bekannt ist, in welcher schamloser Weise gegen die Gewerbetreibenden vorgegangen wird, die völlig ihrem Untergang entgegengehen. Dem Arbeitswilligen wird ein Arbeiten unmöglich gemacht. Die Arbeitslose Masse soll anschwellen und soll über die wahren Gründe der Arbeitslosigkeit die Regierung und das deutsche Volk irreführen, soll immer mehr unzufriedene Elemente schaffen. Diesem Streben muß endlich ein Damm entgegengesetzt werden. Ein Abschluß von Tarifverträgen, der vielfach als Hilfsmittel genannt wird, bewirkt nur das Gegenteil. Für das Handwerk, insbesondere das Bädergewerbe, haben die Tarifverträge sich nur als eine Schraube ohne Ende erwiesen, die die Arbeitgeber immer mehr ihrer Selbstständigkeit beraubten und die arbeitswilligen Arbeitnehmer zum Beitritte zu der roten Organisation zwingen.“ — Die Generalversammlung des Verbandes sächsischer Industrieller beantragte am 1. April nach einem Vortrag eines Regierungsrats über den paritätischen Zentralarbeitsnachweis für die Kreishepmanndschaft Dresden, daß im Statut des Zentralarbeitsnachweises der Passus gestrichen werden muß, nach welchem den Arbeitssuchenden von einem Streit in einem Betriebe Mitteilung zu machen sei. Von der Erfüllung dieser Forderung hängt ihre Mitwirkung ab. Ferner nahmen sie Stellung zu den Landtagswahlen und beschlossen, mit aller Energie für die Wahl von industriellen Vertretern einzutreten. — Und zum Schluß sei noch vermerkt, daß der Bericht über die Generalversammlung des Unternehmerverbandes für das Baugewerbe mit folgendem Schlußsatz endet: „Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe hat sich in den zehn Jahren seines Bestehens aus schwachen Anfängen zu einer achtunggebietenden Organisation entwickelt. Der Gedanke, daß nur die Solidarität, der Zusammenhalt, die Einigkeit der Arbeitgeber stark machen kann, ist Gemeingut der Mitglieder des Bundes geworden. Deshalb können sie auch mit Ruhe den Stürmen entgegensehen, die im Frühjahr 1910, wie die Verhältnisse nun einmal liegen, mit ziemlicher Sicherheit zu erwarten sind.“ — Wir wären in der Lage, diese Zeichen der Zeit um eine ganze Reihe noch zu vermehren, doch glauben wir mit dieser Auslese schon mehr als genügend dargelegt zu haben, daß die Zukunft sehr schwere Stürme für die organisierte Arbeiterschaft bringen wird.

Beamte und Arbeiter in Frankreich. Vor einigen Tagen fand in Paris eine große Versammlung statt, in welcher über 2000 Personen, Arbeiter und Staatsangestellte, darunter zahlreiche Postbeamte, die Solidarität der Arbeiter und Staatsbeamten zum Ausdruck brachten. Eine gleiche Versammlung mit demselben Resultate fand in Lyon statt.

Die neue Reichsversicherungsordnung, welche schon seit längerer Zeit angeknüpft war, ist soeben vom Reichsamte des Innern herausgegeben worden. Der Entwurf umfaßt 1793 Paragraphen und außer den Bestimmungen über die Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung auch solche über die Hinterbliebenenversicherung. Die Versicherungspflicht beginnt für die Hinterbliebenenversicherung genau wie jetzt schon bei der Invalidenversicherung mit dem 16. Lebensjahre. Witwenrente erhält die dauernd invalide Witwe nach dem Tode des versicherten Ehepartners. Als invalid gilt jedoch die Witwe erst, wenn sie um mehr wie 66 2/3 Proz., also um zwei Drittel arbeitsunfähig geworden ist. Waisenrente erhalten die hinterlassenen ehelichen Kinder unter 15 Jahren. Hat eine verstorbene weibliche Person den Unterhalt der Familie wegen Erwerbsunfähigkeit des Ehepartners ganz oder überwiegend aus ihrem Arbeitsverdienste bestritten, dann erhält der Witwer die Witwenrente. Die hier geplante Witwen- und Waisenernährung kann man nicht anders als eine Verhöhnung der armen Hinterbliebenen betrachten. Dafür spricht die Begründung in der Regierungsvorlage zu diesem Kapitel sozialer ganze Hände. Man höre nur wie das gemacht wird: „Nach Umfang und Höhe wird die Hinterbliebenenfürsorge nicht so weit gehen können, wie die Versorgung, welche die Unfallversicherung den Hinterbliebenen der durch Unfall getöteten Arbeiter gewährt. Bei der Unfallversicherung rechtfertigt sich eine höhere Fürsorge, weil der Tod nicht im gewöhnlichen Verlaufe der Dinge, sondern als Folge eines besonderen Vorkommnisses in der Betriebsarbeit eingetreten ist, für das den Hinterbliebenen eine Art von Entschädigung zugebilligt wird. Hier aber soll der Frau und den Kindern, die den Ernährer nach allgemeinem menschenschicksale verloren haben, nur eine Beihilfe im Witwen- und Waisentande gesichert werden. Und auch noch innerhalb dieser Grenzen wird sich die neue Versicherung wegen der erforderlichen Mittel auf die Verdrückung der dringendsten Fürsorgefälle zu beschränken haben und auch einengen können, ohne den Wert der Hinterbliebenenfürsorge im ganzen wesentlich zu beeinträchtigen. Erwerbsfähige und erwerbsunfähige Witwen können verschieden behandelt werden. Nur für die letzteren läßt sich ein unbedingtes Fürsorgebedürfnis anerkennen. Die kinderlose erwerbsfähige Witwe vermag mindestens in dem gleichen Umfange tätig zu sein, wie die lebige weibliche Person. Für manche Beschäftigungsverhältnisse, insbesondere im Haushalt (Aufwartefrauen,

Kinderfrauen usw.), wird die kinderlose Witwe der lebigen weiblichen Person sogar vorgezogen. Die Witwenrente erhält hiernach die engere Bedeutung einer Witweninvalidenrente.“ Und so etwas nennt man dann Hinterbliebenenversorgung! Es ist weiter nichts als „weiße Salbe“, um mit dem Herrn Bergwerksdirektor Uthmann zu reden.

**Gestorben.**

In Braunschweig am 3. April der Sezer Willt Heinrich, 31 Jahre alt.  
In Schilago am 5. März der Sezer Heinrich Budmann aus Lengau bei Seegerberg, 51 Jahre alt.  
In Potsdam am 31. März der Buchdrucker Robert Lehmann, 41 Jahre alt — Selbstmord.  
In Stuttgart am 1. April der Sezer G. Werner aus Gensingen, 51 Jahre alt.  
In Jossen am 3. April der Sezer Emil Stierle aus Heilbronn, 36 Jahre alt.

**Briefkasten.**

Fr. M. in Hohenlimburg: Wenn die dortige Steuerbehörde Ihnen den Abzug des für die Unterstützung bei vorübergehender und dauernder Arbeitsunfähigkeit (Krankheit und Invalidität) in Betracht kommenden Teils des Verbandsbeitrags gestattet, so lassen Sie sich das gern gefallen und lassen Sie sich von Ihrem Bauvorstand angeben, welchen Betrag Sie dafür anrechnen sollen. Die in letzter Zeit im Briefkasten in dieser Angelegenheit erteilten Antworten empfehlen wir noch eingehender Beachtung. — A. G. in Annaberg: Schön, es bleibt also dabei.

**Verbandsnachrichten.**

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Mariendorfer Straße 13. I. Fernsprechamt VI, 11191.

**Verbandsnachrichten.**

Wir ersuchen die verehrlichen Vorstände, den Termin für die Einfindung der Statistikarten über die Arbeitslosigkeit im I. Quartale 1909: 13. April, pünktlich einzuhalten, da spätere Eingänge unter keinen Umständen mehr berücksichtigt werden können. Von Orten, in denen Arbeitslose nicht vorhanden waren, sind trotzdem die Karten mit Angabe der Mitgliederzahl einzufinden, um das Prozentverhältnis der Arbeitslosen zur Gesamtmitgliederzahl genau feststellen zu können.

Berlin. Der **Verbandsvorstand.**

**Adressenveränderungen.**

- Mitglied.** Vorsitzender: S. Hirt, Restaurant „Zum Stadtpar“.
- Bauten.** Vorsitzender: Paul Ratho, Muskauer Straße 27 I.
- Bahrenstr.** Vorsitzender: Friedrich Gierlin, Erlanger Straße 56.
- Bogum.** (Maschinenmeisterverein.) Vorsitzender: Heinrich Steinberg, Grottenstraße 17 II; Kassierer: R. Kozberg, Ottostraße 88 II.
- Sangerhausen.** Vorsitzender und Vertrauensmann: Karl Lange, An der Gonna 14; Kassierer: Jul. Werner, Schloßgasse 23.
- Wald.** Vorsitzender: Artur Schwalzenberg, Gräfrather Straße 19 I; Kassierer: Kurt Bachmann, Stübener Straße 2a.
- Wurzen.** Vorsitzender: Walter Reimann, Babergasse 14 I; Kassierer: Kurt Lämmel, Querstraße 25 pt.
- Jossen (Marl).** (Maschinenmeisterverein.) Vorsitzender: Frits Helbig, Stubenrauchstraße 4 p.

Zur **Aufnahme** haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beizugebende Adresse zu richten):

- In **Bogum** der Sezer Richard Graupe, geb. in Hamburg 1889, ausgel. in Udenbach a. Rh. 1907; war noch nicht Mitglied. — A. Eieg, Heinrichstraße 5.
- In **Dießen** der Sezer Joseph Rauwolf, geb. in Ammerbach 1885, ausgel. in Wemding 1902; war noch nicht Mitglied. — In **Nürnberg** der Schweigerbeget Christian Wagner, geb. in Rafendorf 1890, ausgel. in Neuenbettelesau 1907; war noch nicht Mitglied. — Jos. Seig in **München**, Holzstraße 24 I.
- In **Eberswalde** die Sezer 1. Oskar Putschner, geb. in Dresden 1871, ausgel. das. 1891; 2. Walter Fürst, geb. in Eberswalde 1885, ausgel. das. 1904; 3. Emil Hennig, geb. in Friedeberg (Pm.) 1884, ausgel. das. 1906; 4. Otto Kühne, geb. in Eberswalde 1882, ausgel. das. 1901; 5. Alwin Mebow, geb. in Grünau bei Angermünde 1891, ausgel. in Eberswalde 1909; 6. der Korrektor Emil Schumann, geb. in Breslau 1865, ausgel. in Goldberg i. Schl. 1884; 7. der Stereotypen Gustav Kasner, geb. in Eberswalde 1886, ausgel. das. 1905. — In **Bernau** der Sezer Emil Kreisel, geb. in Bernau 1890, ausgel. das. 1909. — In **Schwedt a. O.** der Drucker Otto Hahn, geb. in Fiddichow a. O. 1890, ausgel. in Schwedt a. O. 1908. — Karl Geseh in **Eberswalde**, Blumenwerberstraße 13 II.

**Arbeitslosenunterstützung.**

**Hauptverwaltung.** Bericht vom Monate Dezember 1908.

a) Auf der Reise: übernommen vom vorhergehenden Monate 199 Mitglieder, aus Kondition kamen 61 (hier von waren 16 noch zum Bezuge von Ortsunterstützung berechtigt), aus gegenseitigen Vereinen 50 (31 Verbands-

